

# Deutschland: 16.000 Brücken baufällig, bis zu 6.000 müssen abgerissen werden

16 Apr. 2025 18:23 Uhr

Das deutsche Fundament bröckelt auf allen Ebenen. Nicht nur gesellschaftlich, sondern buchstäblich im Gesamtzustand der rissigen Baustruktur. Neueste Einsturzkandidaten sind laut Studie die Brücken im Land, von denen viermal so viele wie bislang gedacht baufällig sind. Investitionsbedarf: Rund 100 Milliarden Euro.



Quelle: [www.globallookpress.com](http://www.globallookpress.com) © IMAGO/Michael Taeger

12 Jahre Planung für die dringend notwendige Sanierung der Ringbahnbrücke am Autobahndreieck Funkturm in Berlin enden mit dem finalen Abriss, 15. April 2025.

Das Bundesverkehrsministerium (BMDV) hat laut einer aktuellen Erhebung und daraus resultierenden Zahlen der NGO "Transport & Environment (T&E)" "die Lage der Brücken in Deutschland bislang möglicherweise deutlich unterschätzt", so die Zusammenfassung der *Deutschen Verkehrs-Zeitung (DVZ)*. Laut der Studie seien deutschlandweit rund 16.000 Brücken baufällig bis einsturzgefährdet. Der geschätzte Investitionsbedarf liegt demnach bei rund 100 Milliarden Euro. Verantwortlicher aktueller Noch-Minister für das Desaster ist in der geschäftsführenden Restregierung Ex-FPD-Politiker Volker Wissing.

Grundlage der T&E-Berechnungen sind unter anderem Daten der Bundesanstalt für Straßen- und Verkehrswesen. Die NGO ist laut Eigenauskunft ein "europäischer Dachverband nicht-staatlicher Organisationen, die sich für nachhaltigen Verkehr einsetzen." Laut Webseite [erhält](#) die Organisation Gelder von der EU-Kommission und der "Rockefeller Philanthropy Advisors". Der *DVZ*-Artikel fasst zu den veröffentlichten Fakten zusammen:

*"In dem T&E-Bericht heißt es: 'Dass viele Brücken im deutschen Straßennetz in einem schlechten Zustand sind, war schon lange absehbar.' T&E bemängelt vor allem, dass das Verkehrsministerium in seinem Brückenmodernisierungsprogramm von 2022 nicht das gesamte Autobahnnetz in den Blick genommen habe. Dem Sanierungsplan des Ministeriums zufolge sollen in einem Zeitraum von zehn Jahren 4.000 Brücken im Kernnetz stark belasteter Autobahnen saniert werden. Langfristig sollten weitere 4.000 Autobahnbrücken folgen."*

Den T&E-Auswertungen zufolge schaut die Realität wesentlich dramatischer aus. So heißt es in der Veröffentlichung laut der DVZ:

*"Insgesamt müssen 5.905 Brücken, 24 Prozent der Brückenfläche im Bundesfernstraßennetz, ersetzt werden. Weitere 10.240 Brücken sind so stark belastet, dass auch für sie wahrscheinlich ein Ersatzneubau erforderlich werde, bei diesen bestehe allerdings noch die Möglichkeit, durch Verstärkung Abhilfe zu schaffen. Besonders betroffen sind die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen, in denen viele Brücken deutlich über ihre ursprüngliche Auslegung belastet sind."*

Prominentes aktuelles Beispiel ist dabei die Ringbahnbrücke am Autobahndreieck Funkturm in Berlin, deren Sanierung über einen Zeitraum von 12 Jahren verschleppt wurde ([RT DE berichtete](#)). Mit Beginn des letzten Wochenendes ist die wichtige Verkehrsverbindung für den Hauptstadtverkehr nun zu großen Teilen abgerissen.

Im September 2024 stürzte die Carolabrücke in Dresden in Teilen in die Elbe und liegt seitdem ohne erkennbare größere Fortschritte hinsichtlich [Entsorgung und Neubau](#) im Flussbett.

Die Studie spricht von einer "Triage-Strategie" der zuständigen Verkehrsbehörden in Deutschland, ausgehend von der stetig steigenden Zahl sanierungsbedürftiger Brücken und daraus resultierender Notfallreaktionen. Ein T&E-Sprecher erklärt dazu:

*"Wir wissen eigentlich genau, welche Brücke schnell saniert werden muss. Doch das Verkehrsministerium hinkt den Notwendigkeiten so weit hinterher, dass die Autobahn GmbH inzwischen eine Triage bei der Modernisierung von Straßenbrücken durchführt. Das ist absurd und teuer, denn jede verschleppte Sanierung kostet in Zukunft noch viel mehr."*

Das Verkehrsministerium soll in der kommenden "GroKo" laut Medienberichten an die CDU gehen. Wer den verantwortungsvollen Posten übernehmen soll, ist bis dato nicht bekannt. Für die Verschleppung der massiven Problematik war in den zurückliegenden Jahren seit 2021 der Ex-FDP-Politiker Volker Wissing [verantwortlich](#), davor der mehr als umstrittene Andreas Scheuer von der CSU.